



Hessischer Flüchtlingsrat

Frankfurt, den 30.05.2017

Erneute Sammelabschiebung nach Afghanistan von Frankfurt

**Protestkundgebung Mittwoch 18:30 Uhr, Terminal 1
Flüchtlingsrat beklagt massiven Ausreisedruck auf afghanische Community**

Am morgigen Mittwoch, den 31.05. wird der mittlerweile sechste Sammelcharter nach Afghanistan durchgeführt werden. Abflugort ist diesmal der Flughafen Frankfurt am Main. Aus diesem Grund ruft der Hessische Flüchtlingsrat gemeinsam mit dem Afghan Refugees Movement zu einer Protestkundgebung unter dem Motto *Afghanistan is not safe!* um 18:30 im Terminal 1 Abflughalle B auf.

„Die Sicherheitslage in Afghanistan ist nach wie vor katastrophal und verschlechtert sich kontinuierlich. Die von Innenminister de Maizière behaupteten ‚sicheren Gebiete‘ gibt es für Rückkehrer nicht, wie vielfältige Berichte internationaler Organisationen belegen“ erklärte Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates, in Frankfurt. Erst heute hatte ein breites Bündnis verschiedener Organisationen, darunter die Diakonie Deutschland, der Paritätische Gesamtverband, Amnesty International und Pro Asyl schwerwiegende Mängel in den Asylverfahren afghanischer Asylsuchender beklagt.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die sich bislang nicht an den Abschiebungen beteiligen, sollen auch wieder vier Personen aus Hessen für die Abschiebung vorgesehen sein. Dadurch spielt die Landesregierung das schmutzige Spiel der Verunsicherung der in Hessen lebenden Afghan/innen mit. Die Abschiebungen sind dabei nur ein Baustein in einer umfassenden Strategie der Erhöhung des Ausreisedrucks, einer massiven Verunsicherung der gesamten Community und der Förderung der ‚freiwilligen Rückkehr‘. Anstatt wie andere Länder ein Zeichen zu setzen und sich nicht an den Abschiebungen zu beteiligen, wird in Hessen der entgegengesetzte Weg gegangen und enormer Druck auf die Flüchtlinge ausgeübt, in der Hoffnung, dass für jeden, den man abschiebt, dreißig weitere aufgeben und das Land gezwungenermaßen ‚freiwillig‘ wieder verlassen.

„Wir sind sehr enttäuscht von der Landesregierung. Durch diese kurzfristige Verunsicherungs- und Abschreckungspolitik verhindert man die schnelle Integration vieler tausend Menschen, die am Ende trotzdem in Hessen bleiben werden“ beklagte Scherenberg die Politik der Landesregierung. *„Der Aufwand und die Ressourcen, die in die Abschiebung und Rückkehrförderung gesteckt werden, wären in die Integration der Menschen besser und nachhaltiger investiert.“*

Gez. Timmo Scherenberg
(Geschäftsführer Hessischer Flüchtlingsrat)

Für Rückfragen:
069-976 987 10
0176-205 069 51

Erklärung von Amnesty International, die Arbeiterwohlfahrt, Arbeitsgemeinschaft Migrationsrecht im Deutschen Anwaltsverein, Der Paritätische Gesamtverband, Diakonie Deutschland, Jesuiten Flüchtlingsdienst, Neue Richtervereinigung e. V., PRO ASYL und Republikanischer Anwältinnen und Anwälteverein e. V.:

https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/12/2017-05-30-gemeinsame-Erkl%C3%A4rung-zu-Afghanistan_final.pdf